

30. Januar

Der Januar des Jahres 1933

Am 1. Januar 1933 erschien der „Völkische Beobachter“ mit der Überschrift: „Adolf Hitlers Neujahrsbotschaft! Die nationalsozialistische Bewegung ist unseres Volkes letzte Kraft, letzte Hoffnung und einzige Zukunft!“ Der Führer entwarf in diesem Aufruf ein Bild über die Zustände in Deutschland und wies darauf hin, dass die Bewegung zwölf beispiellose Wahlkämpfe hinter sich habe und dass trotz allem die Partei große Erfolge errungen und alle ihr entgegengestellten Hindernisse überwunden habe. Dann legte der Führer nochmals seine Beweggründe klar, die ihn veranlassten, am 13. August und am 24. November 1932 den Eintritt in eine nichtnationalsozialistische Regierung abzulehnen. Er führte aus: „Das Recht der Erstgeburt unserer Bewegung wird nicht verkauft“, und dann weiter: „Denn wenn unsere Gegner uns einladen, in solcher Art an einer Regierung teilzunehmen, dann tun sie es nicht in der Meinung, uns damit langsam und allmählich die Macht zu geben, sondern in der Überzeugung, sie uns damit für immer zu entwenden!“ Über die Aufgaben der Zukunft schrieb der Führer: „Jeder muß es erkennen, diese Bewegung ist die ewig entschlossene Vorkämpferin der kommenden deutschen Volksgemeinschaft.“ Zum Schluß schrieb der Führer: „Wir grüßen die nationalsozialistische Bewegung, ihre toten Märtyrer und lebenden Kämpfer! Es lebe Deutschland, das Volk und das Reich!“

Schon am 4. Januar 1933 fand eine vertrauliche Besprechung des Führers mit dem ehemaligen Reichskanzler von Papen in Gegenwart von Rudolf Heß und Heinrich Himmler über die Beteiligung an einer künftigen Regierung statt. Trotz dieser notwendigen Verhandlungen blieb sich der Führer immer bewußt, dass die einzige wirkliche Kraft zur Erneuerung Deutschlands im deutschen Volk selbst ruht. Und darum ging Adolf Hitler bei den am 15. Januar 1933 stattfindenden Landtagswahlen in Lippe wieder mitten hinein in das Volk und sprach in der Zeit vom 5. bis 14. Januar in nicht weniger als 16 Orten des kleinen Freistaates Lippe. Diese an sich weniger wichtige Wahl hatte durch die allgemeine politische Lage grundsätzliche Bedeutung erlangt. Seit der denkwürdigen Reichstagswahl am 6. November 1932 mit dem Verlust von fast zwei Millionen Wählern und durch den Verrat von Gregor Strasser war die Bewegung in eine schwierige Lage gekommen. Die gegnerischen Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten, triumphierten höhnisch und brachten täglich in ihrer Presse, die damals noch 95 v. H. der gesamten deutschen Presse umfasste, spaltenlange Berichte über den angeblich rasch fortschreitenden Verfall der NSDAP. Die im Sommer 1932 schon restlos geschlagenen Parteien erwachten wieder zu neuer Tätigkeit und brachten durch ihre zur Schau getragene Siegeszuversicht neuerliche Verwirrung in die Wählermassen. Obwohl die Situation für die Partei sehr ernst war, zweifelten die wahren Nationalsozialisten keinen Augenblick an dem Endsieg der Bewegung. Da aber die Demokratie nicht die Persönlichkeit, sondern nur die Zahl bewertet, der Kampf um die Macht aber nach demokratisch-parlamentarischen Regeln ausgetragen werden musste, durfte bei dieser neuen Wahl unter gar keinen Umständen ein neuer Stimmenrückgang eintreten. Aus dieser Erkenntnis heraus setzte die Bewegung aller verfügbaren Mittel ein, um diesen Kampf wieder zu einem Sieg zu gestalten. So wurde er zum historischen Ereignis, denn er bewies eindeutig, dass alle Spekulationen der Gegner fehlgeschlagen waren und dass das deutsche Volk Adolf Hitler in wieder wachsendem Maße sein Vertrauen schenkte. Die NSDAP errang dort 39 065 Stimmen gegen 33 038 Stimmen bei der letzten Reichstagswahl vom 6. November 1932.

Dieses Ergebnis war für ganz Deutschland der schlagende Beweis, dass die Kraft der Bewegung nicht gebrochen, sondern im neuen Ansteigen begriffen war.

Aber Adolf Hitler war immer noch nicht an der Macht, und die Not stieg unentwegt weiter. Ganz Deutschland erkannte, dass eine unausdenkbare Katastrophe für das gesamte deutsche Volk bevorstünde, falls es jetzt nicht zu einer Klärung der politischen Machtverhältnisse käme. Es ging jetzt nicht mehr nur um den Sieg der Bewegung, sondern um den Bestand des Deutschen Reiches und um das Leben von Millionen deutscher Volksgenossen. Der internationale Marxismus erhielt täglich neuen Zustrom verbitterter und durch die Not zermürbter Menschen. Nur ein vollendeter Spießherren konnte übersehen, dass sich der Bolschewismus in Deutschland anschickte, in blutigem Ansturm das deutsche Volk zu vernichten und des dem Untermenschentum auszuliefern.

Sogar das Ausland erkannte die unhaltbare Not in Deutschland und brachte ausgedehnte Bildberichte über die verzweifelte Lage des deutschen Volkes.

Ein Schweizer illustriertes Blatt schrieb hierzu: „Vorläufig wird eher eine Verschlimmerung als eine Abnahme der Not erwartet. Der einzige Trost liegt in der Überzeugung, dass ein Zustand, der den Menschen ihr Bestes, die schöpferische Tätigkeit, raubt, unmöglich andauern kann und in absehbarer Zeit ein Ende nehmen muß – wie, wissen wir noch nicht.“

Trotzdem jede Stunde die Katastrophe über Deutschland hereinbrechen konnte, waren noch Tage langwierigster Verhandlungen notwendig, um die regierenden Kreise zu einer Übergabe der Macht an Adolf Hitler zu bewegen.

Am 17. und 18. Januar verhandelten der Führer und Hermann Göring mit der Deutschnationalen Volkspartei und v. Papen. Vom 20. bis 28. Januar wurden im Auftrage des Führers durch Hermann Göring die Gespräche mit dem Staatssekretär des Reichspräsidenten, Meißner, mit Stahlhelmführer Seldte und Franz von Papen fortgeführt, bis dann am 28. Januar eine grundsätzliche Einigung zustande kam.

Endlich, am 28. Januar 1933, erfolgte der Rücktritt des Kabinetts des Generals Schleicher, der noch die Kühnheit besaß, vom Reichspräsidenten die Unterschrift zur Auflösung des Reichstages zu verlangen, ohne eine Ausschreibung von Neuwahlen durchzuführen. Er glaubte, auf diese Weise gegen das Volk weiter regieren zu können. Die Ratgeber des Reichspräsidenten von Hindenburg erkannten nunmehr doch die ungeheure Gefahr, die jedes weitere Regierungsexperiment gebracht hätte, und waren sich nun endlich darüber klar geworden, dass nur Adolf Hitler noch in der Lage war, das deutsche Volk vom Abgrund zurückzureißen. *(In völliger Verkennung der politische Lage verlangte Reichskanzler General von Schleicher vom Reichspräsidenten ein Dekret zur neuerlichen Auflösung des Reichstages ohne Ausschreibung einer Neuwahl. Auf Grund der vorangegangenen Verhandlungen mit Adolf Hitler verweigerte jedoch der Reichspräsident dieses Ansinnen, das zweifellos zu einem Bürgerkrieg geführt hätte.)*

Hermann Göring hatte im Auftrage des Führers die notwendigen Vorverhandlungen geführt und hatte nun mit den Beauftragten Hindenburgs noch einige wichtige Besprechungen, in deren Verlauf die letzten Hindernisse beseitigt wurden. Am 29. Januar konnte er dem Führer im Hotel „Kaiserhof“ die Meldung machen, dass seine Berufung zum Reichskanzler unmittelbar bevorstünde.

Am Vormittag des 30. Januar 1933 wurde dann der Führer von Reichspräsident von Hindenburg zu einer Aussprache empfangen; daraufhin ernannte der Reichspräsident Adolf Hitler zum Kanzler des deutschen Volkes und vereidigte ihn und die Mitglieder des neuen Kabinetts. Gleichzeitig wurden ernannt: Dr. Wilhelm Frick zum Reichsinnenminister und Hermann Göring zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich.

Neben diesen Nationalsozialisten wurden noch folgende Männer in das Kabinett aufgenommen: Franz von Papen als Vizekanzler, Freiherr von Neurath als Reichsaußenminister, Graf Schwerin von Krosigk als Reichsfinanzminister, Generalleutnant Werner von Blomberg als Reichswehrminister, Alfred Hugenberg als Reichsminister der Wirtschaft, der Ernährung und Landwirtschaft, Freiherr von Eltz-Rübenach als Reichsverkehrsminister, Franz Seldte als Reichsarbeitsminister, Franz Gürtner als Reichsjustizminister und Dr. Gereke als Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung.

Damit war nach langwierigen Kämpfen der Forderung Adolf Hitlers, mit dem Amt des Deutschen Reichskanzlers betraut zu werden, Genüge geleistet worden. Mit ihm traten jedoch nur noch zwei Nationalsozialisten in das neue Reichskabinett ein. Alle übrigen Minister standen der Deutschnationalen Volkspartei nahe.

Die Liste der Reichsminister zeigte klar, dass man sich bemühte, einige wichtige Machtpositionen der NSDAP nicht anzuvertrauen, ein Beweis, dass gewisse politische Kreise sich auch zu diesem Zeitpunkt noch nicht über die überragende Größe der Persönlichkeit Adolf Hitlers im klaren waren und den Versuch machten, innerhalb des Kabinetts dem Nationalsozialismus ein gewisses Gegengewicht zu schaffen. Die Gegner der nationalsozialistischen Weltanschauung vermerkten dies mit Genugtuung; die Nationalsozialisten aber wussten, dass mit dem Antritt der Kanzlerschaft Adolf Hitlers alle wesentlichen Schwierigkeiten für die Neugestaltung des Reiches überwunden waren.

Der 30. Januar 1933 wird als historischer Wendepunkt in die Geschichte Deutschlands und der Welt eingehen. Die Nachricht von der Ernennung Adolf Hitlers zum Kanzler des deutschen Volkes löste in allen deutschen Ländern einen ungeheuren Jubel aus. Wofür Hunderte ihr Leben ließen und was Millionen ersehnten, war nun endlich in Erfüllung gegangen. Aber auch die überwiegende Mehrheit der ehemaligen Gegner der nationalsozialistischen Bewegung begrüßten dieses Ereignis in der Hoffnung, dass nun auf jeden Fall eine grundlegende Wandlung eintreten würde. In der Nacht vom 30. auf 31. Januar 1933 marschierte in der Reichshauptstadt ein riesiger Fackelzug am Führer und an dem greisen Reichspräsidenten vorüber.

Am 1. Februar 1933 löste Reichspräsident von Hindenburg auf Antrag des Führers den arbeitsunfähigen Reichstag auf und bestimmte den 5. März als Wahltag für die neue Volksvertretung. Am gleichen Tage sprach Adolf Hitler erstmals über den deutschen Rundfunk und verkündete den „Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk“. Nach einem Rückblick auf die vergangenen 14 Jahre des Verfalls und der allgemeinen Not sagte der Führer wörtlich: „Die Aufgabe, die wir lösen müssen, ist die schwerste, die seit Menschengedenken deutschen Staatsmännern gestellt wurde. Das Vertrauen aber in uns allen ist unbegrenzt, denn wir glauben an unser Volk und seine unvergänglichen Werte. Bauern, Arbeiter und Bürger, sie müssen gemeinsam die Bausteine liefern zum neuen Reich!“

Der Führer kündigte dann den ersten Vierjahresplan an, indem er sagte:

„In 14 Jahren haben die Novemberparteien den deutschen Bauernstand ruiniert.

In 14 Jahren haben sie eine Armee von Millionen Arbeitslosen geschaffen.

Die nationale Regierung wird mit eiserner Entschlossenheit und zähester Ausdauer folgenden Plan verwirklichen:

Binnen vier Jahren muß der deutsche Bauer der Verelendung entrissen werden.

Binnen vier Jahren muß die Arbeitslosigkeit endgültig überwunden sein.

Gleichlaufend damit ergeben sich die Voraussetzungen für das Aufblühen der übrigen Wirtschaft.“

Zum Schlusse erklärte Adolf Hitler: „Nun, deutsches Volk, gib uns die Zeit von vier Jahren und dann urteile und richte uns. Getreu dem Befehl des Generalfeldmarschall wollen wir beginnen. Möge der allmächtige Gott unsere Arbeit in seine Gnade nehmen, unseren Willen recht gestalten, unsere Einsicht segnen und uns mit dem Vertrauen unseres Volkes beglücken. Denn wir wollen nicht kämpfen für uns, sondern für Deutschland!“

Während die überwiegenden Massen des deutschen Volkes erfüllt waren von dem Ernst der Stunde und von der Größe der gestellten Aufgaben, versuchten die Marxisten nochmals durch Mord und Terror ihre Pläne zu verwirklichen. So wurden in den Nachtstunden des 30. Januar 1933 bei dem Rückmarsch vom Fackelzug vor dem Reichspräsidentenpalais der Sturmführer Hans Maikowski und ein Polizeiwachtmeister in Charlottenburg von kommunistischen Wegelagerern erschossen. Als sichtbares Zeichen, dass die einsatzbereiten Männer der Bewegung unter den Schutz und Schirm des ganzen deutschen Volkes genommen worden waren, wurde für diese ersten Todesopfer nach der Machtübernahme ein feierliches Staatsbegräbnis durchgeführt. Trotzdem war aber die Mordseuche noch nicht erloschen. In wenigen Tagen mussten sechs weitere SA- und SS-Männer ihr Leben lassen. Dieser Umstand und die zügellose Hetze der marxistischen Presse zwang die Reichsregierung, am 4. Februar 1933 eine „Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes“ zu erlassen, die sich gegen die marxistische Propaganda wandte und die Regierung ermächtigte, auch vorbeugend einzuschreiten.

(Quelle: Dokumente der Sammlung Rehse aus der Kampfzeit – Band I und Band II. / Dokumente der Zeitgeschichte, 1941 und 1942)